



„Es muss doch menschenrechtlich möglich sein, zumindest eine Grundversorgung hinzubekommen“

Am 22.01.2018 führte die Initiative Menschenrechte in der SPD ein Gespräch mit Bernd Mülbrecht über das Projekt EUROPA.BRÜCKE.MÜNSTER, gefördert aus Mitteln des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAB).



Foto links: Dr. Katy Teubener (rechts) im Gespräch mit Bernd Mülbrecht, langjähriger Leiter des Hauses der Wohnungslosenhilfe in Münster und seit 2016 - inzwischen im Ruhestand - Berater bei der „EUROPA.BRÜCKE.MÜNSTER“. Foto rechts: Maria Buchwitz (Mitte), Leiterin der Initiative Menschenrechte in der SPD.

Das Gespräch wird im Folgenden in stark gekürzter Form wiedergegeben. Für weiterführende Informationen zum Projekt klicken Sie bitte auf die blau markierten Stichworte in der rechten Textspalte.

Initiative Menschenrechte: Das Projekt EUROPA.BRÜCKE.MÜNSTER unterstützt seit dem 01.01.2016 Menschen in Münster, die unter Armut leiden und keinen oder nur unzureichenden Zugang zu den Beratungs- und Unterstützungsangeboten des regulären Hilfesystems haben. Das sind zum einen besonders benachteiligte neuzugewanderte Unionsbürger*innen und zum anderen Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen...

EUROPA.BRÜCKE
MÜNSTER

Mülbrecht: Ja, aber es handelt sich immer um Unionsbürger. Es gab bei der Projektausschreibung drei verschiedene Zielgruppen [1. Besonders benachteiligte neuzugewanderte Unionsbürger*innen, 2. deren Kinder und 3. Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen, Anm. Initiative Menschenrechte]. Wir haben uns ausschließlich für die Zielgruppe der neuzugewanderten Unionsbürger entschieden. Diese Zielgruppe ist aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes in Münster allerdings praktisch identisch mit der Zielgruppe der Menschen, die in prekären Wohnverhältnissen leben oder de facto wohnungslos sind.

Europäischer Hilfsfonds für
die am stärksten
benachteiligten Personen
(EHAB)

Initiative Menschenrechte: Nach diesem wichtigen Hinweis als erstes die Frage, wer unter den neuzugewanderten Unionsbürger*innen als „besonders benachteiligt“ gilt?

Mülbrecht: Die Benachteiligung lässt sich festmachen an den Themen Gesundheit, Wohnen und Arbeit. Die Menschen, die zu uns kommen, sind in der Regel arbeitsuchend oder haben Minijobs, die zum Leben nicht ausreichen. Manche wohnen in Autos. Viele sind aufgrund ihrer prekären Lebenslage erkrankt. Leben als Familie ist unter diesen Bedingungen nochmal besonders schwierig.

Initiative Menschenrechte: Aus welchen Herkunftsländern kommen die meisten der Menschen, die Sie mit Ihrem Projekt unterstützen?



Mülbrecht: Die meisten kommen aus Südosteuropa, d.h. aus Bulgarien und Rumänien. Es gibt aber auch einige Menschen aus den alten Unionsländern. Das sind dann in der Regel Italiener oder Spanier. Oft sind das aber keine, wie soll ich sagen, ethnischen Italiener und Spanier, sondern Migranten aus dem nordafrikanisch-arabischen Raum, die auf ihrem Weg durch Europa die italienische bzw. spanische Staatsbürgerschaft verliehen bekommen haben.

Initiative Menschenrechte: Wie genau helfen Sie den Menschen?

Mülbrecht: Zunächst einmal natürlich durch Beratung. Wir zeigen ihnen Wege auf z.B. zur Gesundheitsversorgung. Denjenigen, die bereits über eine Krankenversicherung verfügen, helfen wir, bestimmte Ärzte zu finden. Gleichzeitig - und darüber bin ich sehr froh und dankbar - unterstützt das Projekt „Klar für Gesundheit“ mit dem Kollegen Freddy Kika auch diejenigen, die keine Krankenversicherung haben. Tatsächlich sind die Unionsbürger und Unionsbürgerinnen die größte Gruppe ohne Krankenversicherung. Sie sind auf der einen Seite sehr privilegiert, weil sie immer reinkommen und überall sein dürfen. Auf der anderen Seite haben sie aber auch erhebliche Nachteile.

Unterstützung bieten wir den Menschen auch bei der Einschulung ihrer Kinder. In 2016 ist es uns gelungen, alle schulpflichtigen Kinder einzuschulen bzw. die kleinen Kinder mit einem Kita-Platz zu versorgen. Dass wir die Kinder in die Schulen und Kitas bekommen, ist immer einer der ersten Schritte bei unserer Arbeit.

Dann sind da noch diejenigen, die aufgrund eines Minijobs Anspruch auf aufstockende Hilfe haben. Ihnen helfen wir bei der manchmal doch etwas überbordenden Bürokratie, d.h. wir stellen Anträge auf Arbeitslosengeld II, Kindergeld, Elterngeld, eben alles, was notwendig ist. Wir helfen den Menschen auch bei der Einrichtung eines Kontos und erklären ihnen ganz viele einfache Dinge, z.B. wie sie einen Münster-Pass bekommen, mit dem sie verbilligt Bus fahren können. Bei all diesen Dingen, die das Leben lebenswert und einfacher machen, müssen wir aber mitgehen, weil nicht alle so gut Deutsch sprechen, dass sie immer alles auf Anhieb verstehen.

Initiative Menschenrechte: Wie werden die Menschen auf Sie aufmerksam? Es ist ja nicht selten so, dass Hilfsangebote durchaus bestehen, aber diejenigen, an die sie sich richten, nicht darum wissen.

Mülbrecht: Alle einschlägigen Institutionen, die die Menschen von sich aus aufsuchen, sind über uns informiert. Wir haben auch Flyer in allen Sprachen. Häufig läuft das Ganze aber auch über Mundpropaganda: „Ich kenne da jemand, geh da mal hin.“ Menschen, die eindeutig zum Personenkreis gehören und sich in krassen Notlagen befinden, suchen wir auf Anfrage manchmal auch auf und versuchen dann eine Beziehung herzustellen. Wir erhalten auch Anrufe von Lehrern, Lehrerinnen. Die berichten uns von Kindern, die von ihren Müttern nichts zur Schule mitbekommen, weil sie angeblich nichts haben. Die fragen uns dann, ob das denn sein kann? Es gibt da ein großes Interesse gerade bei Institutionen, die mit Kindern aus der europäischen Union zu tun haben.

Initiative Menschenrechte: Sie kooperieren offiziell mit der Bischof-Hermann-Stiftung und der Stadt Münster. Gibt es weitere Kooperationspartner?

Mülbrecht: Ja, bei der Stadt Münster natürlich zunächst einmal die verschiedenen Stellen. Wir kooperieren ganz stark mit dem Schulamt. Eine sehr enge Zusammenarbeit besteht auch mit dem Gesundheitsamt. Hier gibt es eine große

Projekt „Klar für
Gesundheit“

Bischof-Hermann-Stiftung

Schulamt



Schnittmenge zu Unionsbürgerinnen, die als Sexarbeiterinnen auf den Straßenstrich gehen. Die befinden sich zumeist in sehr prekären Lagen, weil sie häufig auch Mütter von Kleinkindern sind. Wir schauen dann gemeinsam mit der Kollegin Yanica Grachenov, die beim Gesundheitsamt als Sozialarbeiterin angestellt ist, nach Möglichkeiten, den Frauen zu helfen. Ein wichtiger Partner beim Gesundheitsamt ist auch die Beratungsstelle Frühe Hilfen. Wenn es um die Unterbringung von Menschen in den Notunterkünften am Schwarzen Kamp und in der Trauttmansdorffstraße geht, kooperieren wir mit der Fachstelle Wohnraumsicherung des Sozialamtes. Bei der Vermittlung in Wohnungen gibt es eine enge Zusammenarbeit mit dem Amt für Wohnungswesen. Ansonsten kooperieren wir bei den Nicht-Krankenversicherten mit „Klar für Gesundheit“, der Malteser-Migranten-Medizin und zwei Kinderarztpraxen. Der Sozialdienst katholischer Frauen unterstützt uns als Beratungsstelle bei Schwangerschaftskonflikten, die Diakonie vor allem bei Schuldenproblemen. Das sind die Partner, mit denen wir es am häufigsten zu tun haben.

Initiative Menschenrechte: Das hört sich zunächst einmal nach einem großen Netzwerk an. Funktioniert dieses Netzwerk aus Ihrer Sicht auch gut?

Mülbrecht: Ja, es ist ein großes Netzwerk entstanden in den zwei Jahren. Und ja, ich finde es funktioniert richtig gut. Das war auch der Grund für mich, mit in dieses Projekt zu gehen, obwohl ich ja eigentlich schon seit August des vorletzten Jahres in Rente bin. Mir war es einfach wichtig, dass die EUROPA.BRÜCKE sich gut in die Münsteraner Hilfelandschaft einfügt und bestimmte Themen vorantreibt, so dass es nach der ersten Förderperiode dann hoffentlich auch weitergeht. Im April dieses Jahres gibt es ja den Aufruf zur zweiten Förderperiode. Da müssen wir dann aber andere Bewerbungsgründe angeben als bisher. Und das tun wir auch. Wir wollen in Zukunft den Fokus vor allem auf die Kinder der Unionsbürger*innen legen. In der Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt haben wir erst in den letzten zwei Jahren gemerkt, wie wichtig auch das Thema Prostitution ist. Es gibt das Projekt Marischa, das von Studentinnen geleitet wird, und es gibt die erwähnte Mitarbeiterin vom Gesundheitsamt. Ich glaube aber, dass in Münster noch weiterer Unterstützungsbedarf besteht. Man muss die Frauen auf der einen Seite in ihrer Situation stärken und ihnen auf der anderen Seite Möglichkeiten des Ausstiegs aufzeigen. Zur Möglichkeit eines Ausstiegs aus der Prostitution gehört aber auch, dass die Frauen sich irgendwohin zurückziehen können. Und wenn sie das nicht können, weil sie keine Wohnung haben, dann bleiben sie ausgeliefert. Es gibt da eine Frau, die lebt mit ihren zwei Kindern im Auto. Und das Auto ist zugleich ihr Arbeitsplatz. Ein weiteres wichtiges Thema ist für uns Arbeit. Das dürfen wir als Bewerbungsgrund aber nicht nennen, weil es über den EHAP nicht gefördert ist. Tatsächlich ist Arbeit aber der Schlüssel nicht nur zu Integration, sondern zum Leben überhaupt. In der Praxis helfen wir den Menschen natürlich trotzdem auch dabei einen Job zu bekommen und arbeiten dazu mit dem Jobcenter zusammen. Das geht auch gar nicht anders. Dokumentiert werden darf das allerdings nicht, aber nun gut.

Initiative Menschenrechte: Sie verfügen nach eigenen Angaben über ein nicht nur großes, sondern auch gut funktionierendes Netzwerk. Stoßen Sie in Ihrer Arbeit trotzdem auch manchmal an Grenzen?

Mülbrecht: Ja, da gibt es zunächst die personelle Grenze. Wir haben insgesamt nur 2,17 Stellen verteilt auf 4 Personen. Ich würde gerne jemanden haben, der sich ausschließlich um die Belange der Kinder kümmert und jemanden, der zumindest stundenweise speziell den Frauen hilft, die als Prostituierte arbeiten. Da wo es immer wieder um Kindeswohlgefährdung bzw. Gewalt geht, ist die Arbeit schon sehr

Gesundheitsamt -
Prostituiertenschutz

Beratungsstelle Frühe
Hilfen

Übergangsheime für
Flüchtlinge und Obdachlose

Sozialamt - Fachstelle
Wohnungssicherung

Malteser-Migranten-
Medizin

Projekt Marischa



intensiv. Es wäre gut, wenn man da extra draufgucken könnte und nicht alles im laufenden Geschäft mit erledigen müsste. Das ist die eine Grenze. Die andere Grenze wird uns durch die rechtlichen Vorgaben gesetzt, die Menschen von jeglichen Leistungen ausschließen können.

Sozialleistungen für EU-Bürgerinnen und -Bürger Anspruch von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern auf Sozialleistungen vor dem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) und nach der vorgeschlagenen Neuregelung			
Arbeitslosigkeit	vor BSG-Urteil	nach BSG-Urteil	nach Neuregelung
... ohne vorherige Beschäftigung	vollständiger Ausschluss	Leistungen der Sozialhilfe (SGB XII) nach 6 Monaten Aufenthalt	Ausschluss innerhalb erster 5 Jahre, Überbrückungsleistungen bis zur Ausreise (längstens für einen Monat) und Darlehen für die Rückfahrt Leistungen wie Inländer nach 5 Jahren Aufenthalt
... nach > 1 Jahr Beschäftigung	Arbeitslosengeld I und anschließend Arbeitslosengeld II wie Inländer		
... nach < 1 Jahr Beschäftigung	Arbeitslosengeld II für max. 6 Monate		

Quelle: [BMAS](#)

Vollständige Leistungsausschlüsse sind verfassungsrechtlich nicht unbedenklich. Deshalb hat auch das Sozialgericht Mainz das Bundesverfassungsgericht angerufen und Klage erhoben. Bis darüber entschieden wird, kann es allerdings dauern. Aktuell betreue ich z.B. eine 41jährige Mutter, die ein halbes Jahr Anspruch auf Arbeitslosengeld II hatte. Nach Wegfall der Leistungen lebt sie jetzt zusammen mit ihrem neunjährigen Jungen, der ganz normal - und übrigens sehr gerne - zur Schule geht, in der Notunterkunft Schwarzer Kamp. Hinzu kommt, dass die Frau ein Kind erwartet und kurz vor der Entbindung steht. Ich habe jetzt einen Antrag gestellt, dass in diesem Notfall nach § 41 SGB II trotz allem Leistungen gewährt werden dürfen. Jetzt bin ich mal gespannt, wie darauf reagiert wird. Dann gibt es da noch eine 21jährige Bulgarin, die mit 17 nach Deutschland gekommen ist, um nicht zu sagen, verkauft wurde. Sie dachte, sie käme in ein Hotel, tatsächlich aber war es ein Bordell. Jetzt ist sie schwanger und völlig mittellos. Da müssen wir mal schauen, wie wir da weiterhelfen können. Es gibt ja immer mal wieder individuelle Lösungen.

[Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch](#)

[§ 41a SGB II Vorläufige Entscheidung](#)

Initiative Menschenrechte: Wenn die Menschen keinerlei Hilfe bekommen, wie können sie dann ihren Lebensunterhalt sichern?



Mülbrecht: Sie können ihren Lebensunterhalt nicht sichern. Deshalb gibt es ja auch Armutsprostitution. Ohne Essen und Trinken kann man nicht leben. Deswegen haben wir als Teil der Bischof-Hermann-Stiftung einen Antrag gestellt auf einen Lebensmittelfonds. Und das Bistum hat uns diesen Fonds auch gewährt. Nun möchte ich hier aber kein Bargeld auszahlen. Das erweckt den Eindruck: „Da kriegt man Geld, da lauf ich jetzt mal eben hin.“ Wir kaufen aus diesem Fonds stattdessen Gutscheine z.B. von einem nahegelegenen Discounter. Der ist relativ billig und hat alles bis hin zu Kindersachen. Und nur, wer tatsächlich keine Leistungen bezieht und in einer Notlage ist wie die erwähnte Frau, kann so einen Gutschein bekommen. Das kenne ich aber auch von den anderen EHAB-Projekten. Bei Menschen, die in keinem Leistungsbezug mehr stehen, müssen humanitäre Hilfen erschlossen werden. Und das geht nur über Spenden und über Wohltätigkeit. Das ist zwar auf Dauer nicht gut, aber für den Übergang geht's nicht anders.

Initiative Menschenrechte: Dürfen die Menschen ohne Leistungsbezug denn nicht zur Tafel gehen?

Mülbrecht: Das kommt noch dazu. Ausgerechnet diese Menschen sind in Münster von der Tafel ausgeschlossen, weil sie keinen SGB II-Schein vorweisen können. Das finde ich eigentlich absurd. Wir haben uns früher so beholfen, dass wir uns immer bei der Leiterin der Coesfelder Tafel einen Bulli voll Lebensmittel abgeholt haben. Das war jedoch recht aufwendig. Man musste einmal in der Woche dorthin fahren, die Sachen holen, einpacken und dann hier wieder auspacken. Weil wir nichts kühl lagern konnten, haben wir auch immer nur Trockensachen mitnehmen können. Das wir jetzt Gutscheine ausgeben können, ist für alle Beteiligten einfacher.

Münster Tafel e.V.
Münsteraner Tafel

Initiative Menschenrechte: Woran machen Sie den Erfolg Ihrer Arbeit fest?

Mülbrecht: Wenn es den Menschen gelingt, ihr Leben einigermaßen gut zu gestalten. Es gibt allerdings nicht immer sofort Erfolge. Wenn die Menschen Kontakt zu uns halten und wir gemeinsam gucken, wie es trotz vieler Schwierigkeiten und Hürden weitergehen kann, dann ist das für mich auch ein Erfolg.

Initiative Menschenrechte: Wird diese doch recht weitgefasst Definition von Erfolg von ihrem Geldgeber akzeptiert?

Mülbrecht: Tatsächlich sind Erfolge bei der jetzigen Ausgestaltung des Projektes sehr einfach zu erzielen. Wenn ich jemanden zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt vermittele und der kommt da an, zählt das schon als Erfolg, obwohl das vom Inhalt her gesehen ja erst einmal gar nichts aussagt. Deswegen haben wir auch diese andere Definition, denn ich finde schon, dass es darum gehen muss, Menschen nachhaltig zu helfen. Und das geht eben über Bildung, Gesundheit, Wohnung und Arbeit. Das sind für mich eigentlich die richtigen Kriterien.

Initiative Menschenrechte: An wen würden sich die Menschen wenden, wenn es Ihr Projekt nicht mehr gäbe?

Mülbrecht: Sie würden dann wahrscheinlich überwiegend die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe aufsuchen. Das ist ja das Besondere in Münster. In Dortmund und in anderen Städten des Ruhrgebiets gibt es genug billige Wohnungen anzumieten. Da leben die meisten in Wohnungen und gehen dann eher zu den Stadtteilzentren oder Beratungsstellen. Die Unterbringung in eigenen Wohnungen kann aber auch Probleme mit sich bringen. Ich erlebe oft, dass Menschen, die eine



Wohnung haben, andere vorübergehend dort mit aufnehmen. Das führt dann nicht selten zu Nachbarschafts- und Vermieterstreitigkeiten.

Initiative Menschenrechte: Gibt es spezielle Wohnungshilfeprogramme im Winter?

Mülbrecht: Ja, die gibt es. Wir haben jetzt schon seit vier Jahren das Winternotprogramm. Da werden dann bis April zusätzlich Notunterkünften für Männer auf dem Kasper Hessel-Gelände bereitgestellt. Wir hier haben es aber in der Regel mit Familien zu tun.

[Winternothilfe Münster](#)

Initiative Menschenrechte: Haben Sie auch Kontakt zu den Menschen vom Landfahrerplatz in Nienberge?

[Landfahrerplatz Nienberge](#)

Mülbrecht: Ja, die werden aufgesucht besonders von den Kollegen vom Mobilen Dienst des Hauses der Wohnungslosenhilfe und vom Gesundheitsamt. In Notfällen kommen die Menschen auch hierher. Oft sind es Familien. Die meisten von ihnen kommen aus Rumänien oder der Slowakei und leben im Sommer gerne hier. Manche gehen zum Saisonende nicht zurück, sondern schlagen sich auch im Winter hier durch. Was man da höchstens machen kann, wäre, die Zeiten der Winternothilfe anzupassen. Die Winternothilfe endet am 31.03. und der Landfahrerplatz macht zum 01.05. auf. Und im Herbst ist es genau umgekehrt. Dann macht der Landfahrerplatz Ende September zu und die Winternothilfe beginnt einen Monat später. Wenn es da zu einer Anpassung käme, wäre das natürlich nicht schlecht.

[Mobiler Dienst des Hauses der Wohnungslosenhilfe](#)

Unter den Menschen, die aus den europäischen Unionsländern zuwandern, gibt es nun einmal alles. Da gibt es den Literaturwissenschaftler aus Marokko, der die spanische Staatsbürgerschaft hat und hier völlig unter seiner Qualifikation in der Gastronomie arbeitet, damit er seine Kinder durchkriegt. Und da gibt es eben auch die Familie vom Landfahrerplatz, die in der dritten Generation nur bettelt. Wenn die zu uns kommen, dann sagen wir, dass wir ihnen zeigen können, wie man anders leben kann. Wir verstehen, dass sie betteln. Und dass das manchmal notwendig ist, verstehen wir auch. Aber wir stützen dieses System nicht.

Initiative Menschenrechte: Das wirft die Frage auf, mit welcher Erwartungshaltung die Menschen zu Ihnen kommen.

Mülbrecht: Die Menschen vom Landfahrerplatz sind eher die Ausnahme. Der Großteil der Leute, die zu uns kommen, will eine Arbeit finden, in einer eigenen Wohnung leben und möglichst unabhängig sein.

Initiative Menschenrechte: Was antworten Sie Menschen, die sagen, dass wir doch schon genug ungelöste Probleme haben und Deutschland jetzt nicht auch noch für das Schicksal der Unionsbürger*innen verantwortlich gemacht werden dürfe.

Mülbrecht: Denen antworte ich, dass gerade die Bundesrepublik enorm von den Unionsbürgern profitiert. Von den 685.000 Unionsbürgern, die 2015 nach Deutschland zugewandert sind, war die große Mehrheit überhaupt nicht auf Hilfe angewiesen. Sie mieteten Wohnungen, fanden Arbeitsplätze, schulten ihre Kinder ein und trugen als Fachärzte, Krankenschwestern, Ingenieure, Facharbeiter, LKW-Fahrer zu unserem Wohlstand bei. Häufig heißt es ja: „Die finden doch sowieso keine Arbeit.“ Aber tatsächlich finden ganz viele eine Arbeit. Meistens fängt es mit einem Minijob an. Wenn sie sich einigermaßen gut eingelebt haben, dann werden die Stunden aufgestockt, es gibt Vollzeit-Verträge oder längere Vertragszeiten. In

[Freizügigkeitsmonitoring Migration von EU-Bürgern nach Deutschland](#)



unserem Geschäftsbericht von 2016 haben wir genau aufgelistet, wie viele Menschen gekommen sind, was ihre Beweggründe waren und wie vielen es gelungen ist, eine Arbeit aufzunehmen. Und dann gibt es einen kleinen Teil, der es eben nicht sofort schafft. Nehmen wir das Beispiel der 21jährigen Frau und ihrem drei Monate alten Kind. Die kann arbeiten, z.B. putzen. Die kann aber nur arbeiten, wenn in der Zwischenzeit jemand auf ihr Kind aufpasst. Sie hat dann in dieser Zeit eben noch Unterstützungsbedarf. Wenn ich das öffentlich sagen, heißt es immer: „Ja willst Du denn das Sozialsysteme für alle öffnen?“ Dann sage ich: „Nein, das will ich nicht.“ Aber bei denen, die hier sind und sich in besonderen Notlagen befinden, muss es doch menschenrechtlich möglich sein, zumindest eine Grundversorgung hinzubekommen, vor allen Dingen, wenn Kinder da sind. Kinder sind doch Träger von eigenen Rechten. Die leiten sich nicht von der Mutter oder den Eltern ab. Und wenn Kinder von Leistungen ausgeschlossen sind, dann finde ich das besonders bitter. Ich glaube, dass Europa auf Dauer nicht in dieser Teilung bleiben kann: Auf der einen Seite die relativ reichen und auf der anderen Seite die relativ armen Regionen. Ich weiß auch, dass das nicht von heute auf morgen zu ändern ist. Aber man muss doch zumindest mal erste Schritte in einen Ausgleich gehen.

Initiative Menschenrechte: Ende letzten Jahres ist das Geschäftsstellenschild der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA), die mit Ihnen zusammen unter einem Dach sitzt, Ziel eines Farbanschlags mit vermutlich fremdenfeindlichem Hintergrund geworden. Was glauben Sie, wie wohlgesonnen man Ihnen und Ihrer Arbeit ist?

Mülbrecht: Uns schlägt bislang in Münster immer noch recht viel Wohlwollen entgegen. Wir hatten neulich ein Netzwerktreffen in Gelsenkirchen, da kam eine Kollegin aus Köln auf mich zu und gratulierte mir mit den Worten „Ihr seid die einzige Stadt, wo die AFD unter 5 Prozent geblieben ist.“ Die Gratulation habe ich gerne angenommen. Ich werde ja manchmal auch eingeladen, um das Projekt vorzustellen und die Situation der Menschen zu schildern. Die meisten zeigen sich betroffen und auch anteilnehmend. Ich habe jetzt noch keine direkte Ablehnung erlebt. Natürlich gibt es dann auch die, die sagen: „Ja müssen die denn alle hierin kommen?“ Dann sage ich immer: „Nein, die müssen nicht alle hierhin kommen.“ Das wäre auch nicht richtig, wenn alle hierin kämen. Aber die, die hier sind, für die müssen wir jetzt Perspektiven finden.

Initiative Menschenrechte: Wir danken Ihnen für das Gespräch.